

SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin
Niederkirchnerstraße 5 · 10111 Berlin-Mitte · S-Bhf. Potsdamer Platz

GESOBAU AG
- Vorstand -
Wilhelmsruher Damm 142

13439 Berlin

08.04.2013

Sehr geehrter Herr Franzen, sehr geehrter Herr Wilkens,

die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und der SPD-geführte Senat setzen sich seit langem für eine sozialverträgliche Mietenpolitik im Stadtgebiet ein. Eine der ergriffenen Maßnahmen zur Dämpfung von Mietpreissteigerungen und zum Erhalt einer ausgewogenen Sozialstruktur auf dem Berliner Wohnungsmarkt ist das im letzten Jahr initiierte Berliner Mietenbündnis mit den städtischen Wohnungsbauunternehmen.

Den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften kommt bei der zukünftigen Gestaltung des Berliner Wohnungsmarktes eine entscheidende Rolle zu. Die Modernisierung und Instandhaltung der städtischen Wohnungsbestände bei Aufrechterhaltung einer ausgewogenen Sozialstruktur stellen hierbei eine Herausforderung dar, der sich die Wohnungsbaugesellschaften stellen müssen. So wichtig die Instandhaltung und Modernisierung des landeseigenen Wohnungsbestandes sind, dürfen hierbei soziale Belange nicht außer Acht gelassen werden.

Das Mietenbündnis schafft wichtige Voraussetzungen zur Umsetzung dieses Ziels, ohne dabei die berechtigten Interessen der Wohnungsbaugesellschaften aus den Augen zu verlieren. Es stellt einen guten Ausgleich zwischen den Interessen der Wohnungsbaugesellschaften, den Mieterinteressen und dem politisch gesetzten Zielen dar.

/2

Im Rahmen unserer Fraktionssitzung Anfang März dieses Jahres gab Senator Müller der SPD-Fraktion einen Zwischenbericht zur Arbeit des Mietenbündnisses. Auffällig dabei war, dass das Mietenbündnis in den einzelnen städtischen Wohnungsbaugesellschaften unterschiedlich umgesetzt wird. So gab es zum Beispiel bei der GESOBAU statistische Auffälligkeiten in Bezug auf den Umgang mit sozialen Härten und der Stattgabe von Mietereinsprüchen.

Seit einigen Wochen häufen sich bei uns in der Fraktion auch Beschwerden und Anfragen von Mieterinnen und Mietern diverser GESOBAU-Objekte im Stadtgebiet, für die Modernisierungen bzw. Umbaumaßnahmen vorgesehen oder bereits im Gange sind. Die Beschwerden richten sich dabei sowohl auf den Umfang der Maßnahmen und der damit einhergehenden Mieterhöhungen als auch auf den Umgang der GESOBAU mit den Mieterinnen und Mietern bei der Umsetzung dieser Maßnahmen. Viele der Betroffenen haben sich mittlerweile zu Mieterinitiativen zusammengeschlossen. Gleichfalls erreichen uns Presseanfragen zu den von Ihnen avisierten Modernisierungsmaßnahmen und dem damit verbundenen Vorgehen der GESOBAU. Wir wurden auch informiert, dass am 08.04.2013 eine Pressekonferenz zum Thema stattgefunden haben soll.

Bevor wir im Kontext der Umsetzung des Mietenbündnisses durch die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften die Modernisierungen im parlamentarischen, z. B. im Rahmen einer „Aktuellen Stunde“, und im öffentlichen Raum thematisieren, möchten wir Ihnen die Gelegenheit zur Stellungnahme geben und Sie einladen, den Sachverhalt auf unserer nächsten Fraktionsvorstandssitzung am 23. April um 15.00 Uhr unter dem Tagesordnungspunkt „Umsetzung Mietenbündnis“ mit uns zu diskutieren.

Mit freundlichen Grüßen

Torsten Schneider
Parlamentarischer Geschäftsführer